

# Offener Brief an Bürgermeister, Waldbesitzer, Planungsverbände und Windkraftbetreiber

März 2026

## AN

Alle Bürgermeister, Gemeinderäte, Waldbesitzer, Planungsverbände und Betreiberfirmen, die Windkraftanlagen in deutschen Wäldern planen, befürworten oder dulden.

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns heute an Sie – nicht mit einer Petition, nicht mit einer Unterschriftenliste, nicht mit dem üblichen Schreiben, das man liest, abheftet und vergisst. Wir wenden uns an Sie mit einer Frage, die wir Ihnen direkt, persönlich und ohne diplomatische Umschreibung stellen möchten: Was genau rechtfertigt es, unsere Wälder für Windräder zu opfern, deren wirtschaftliche Grundlage längst weggefallen ist?

Wir sind Bürgerinnen und Bürger. Wir wohnen in den Gemeinden, in denen Sie Entscheidungen treffen. Wir bezahlen mit unseren Steuern die Fördergelder, mit denen Windparkbetreiber über Jahrzehnte alimentiert wurden. Und wir gehen in die Wälder, die Sie gerade dabei sind, unwiederbringlich zu zerstören. Wir kennen diese Wälder. Wir ken-

nen die Bäume, die Wege, das Licht zwischen den Stämmen am frühen Morgen. Und wir werden nicht schweigen, während man uns erzählt, das alles sei ein notwendiges Opfer für die Energiewende.

## **An die Bürgermeister und Gemeinderäte**

---

Sie wurden gewählt, um Ihre Gemeinde zu vertreten. Nicht die Interessen von Projektentwicklern, die mit fertig gezeichneten Plänen in Ihre Büros kommen. Nicht die Interessen von Fonds, die Rendite suchen und dafür Windräder in Schwachwindgebiete stellen wollen, in denen sie sich nach allen aktuellen Marktdaten schlicht nicht rechnen.

Wir wissen, dass Sie unter Druck stehen. Wir wissen, dass Flächenziele von oben vorgegeben werden, dass Bundesgesetze Genehmigungsverfahren beschleunigen sollen, dass Ihnen mancherorts gesagt wird, Sie hätten gar keine Wahl. Doch Sie haben eine Wahl. Sie haben die Pflicht, genau hinzuschauen. Sie haben die Pflicht, Zahlen zu prüfen – und nicht einfach zu unterschreiben, was man Ihnen vorlegt.

*Haben Sie die aktuellen Ausschreibungsergebnisse der Bundesnetzagentur gesehen? Wissen Sie, dass der anzulegende Wert für Windstrom von 11,39 Cent auf 9,39 Cent pro Kilowattstunde gefallen ist – ein Einbruch von 18 Prozent? Wissen Sie, dass im vergangenen Jahr 652 Stunden Negativstrompreise registriert wurden, in denen Windkraftbetreiber keine EEG-Förderung mehr erhalten? Wissen Sie, was das für die Rentabilität der Projekte bedeutet, die man Ihnen gerade zur Genehmigung vorlegt?*

Falls Sie das nicht wissen: Das ist ein Problem. Denn es bedeutet, dass die Kalkulationen, die Ihnen Projektentwickler präsentieren, auf Annahmen beruhen, die der Markt längst widerlegt hat. Wenn der Betreiber in die Insolvenz geht, bleibt der Betonsockel im Waldboden. Der

Rückbau bleibt am Ende an der Gemeinde hängen. An Ihnen. An uns. Fordern Sie unabhängige Gutachten. Fragen Sie, was passiert, wenn der Betreiber in zehn Jahren nicht mehr existiert. Wenn Sie keine zufriedenstellende Antwort bekommen, dann ist das Ihre Antwort.

## **An die Waldbesitzer**

---

Wir verstehen Sie. Wirklich. Wer einen Wald besitzt, kennt auch die Last, die damit verbunden ist. Pflegekosten, Borkenkäfer, Sturmschäden, sinkende Holzpreise. Und dann kommt jemand und bietet Ihnen eine Pacht, die verlässlicher klingt als alles, was der Forst in den letzten Jahren eingebracht hat. Das ist verlockend. Das wäre es für jeden.

Aber wir bitten Sie: Lesen Sie den Vertrag. Den ganzen Vertrag. Lassen Sie ihn von einem unabhängigen Anwalt prüfen, der keinerlei Verbindung zur Windkraftbranche hat. Schauen Sie genau hin, was in den Klauseln zur Rückbauverpflichtung steht – und wer am Ende haftet, wenn das Geld dafür nicht da ist. Das Risiko, das Sie eingehen, ist real. Der Windparkentwickler Abo Energy – seit 1996 am Markt, einer der etabliertesten der Branche – hat im vergangenen Jahr erstmals in seiner Geschichte einen Jahresverlust eingefahren: 170 Millionen Euro. Was das für kleinere Betreiber bedeutet, muss man nicht lange erklären.

Ihr Wald ist mehr wert als eine Pacht, die in einem insolventen Windparkprojekt endet. Ihr Wald ist das Kapital Ihrer Familie, vielleicht über Generationen. Er wächst langsam. Was man in ihm baut, zerstört ihn schnell. Und was zerstört ist, kommt nicht zurück – nicht in Ihrer Lebenszeit, nicht in der Ihrer Kinder.

## **An die Planungsverbände und Regionalplaner**

---

Sie haben eine technische, eine planerische Aufgabe. Wir respektieren das. Aber Planung bedeutet, die Realität zu

berücksichtigen – und die Realität hat sich verändert. Schwachwindgebiete in Bayern und Baden-Württemberg liefern nicht die Erträge, die in den Planungsunterlagen stehen. Das ist keine politische Meinung. Das sind Physik und Finanzmathematik. Eine Windgeschwindigkeit von 5,24 Metern pro Sekunde reicht schlicht nicht aus, um ein wirtschaftlich tragfähiges Windkraftprojekt zu betreiben.

*Wir fragen Sie: Welchen Sinn hat es, Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen, die sich nach allen verfügbaren Daten nicht rechnen werden – und dafür Waldflächen zu opfern, die ökologisch, klimatisch und gesellschaftlich von unschätzbarem Wert sind?*

Ein Wald bindet CO<sub>2</sub>, kühlt seine Umgebung, filtert das Grundwasser, schützt vor Erosion und bietet Lebensraum für hunderte Tier- und Pflanzenarten. Ein Windrad in einem Schwachwindgebiet produziert in einem Drittel der Zeit gar keinen Strom – und rechtfertigt dafür den dauerhaften Verlust dieser Ökosystemleistungen. Das ist keine seriöse Abwägung. Das ist Symbolpolitik auf Kosten der Natur.

## **An die Projektentwickler und Betreiberfirmen**

---

Mit Ihnen wollen wir besonders direkt sprechen. Denn bei Ihnen beginnt und endet die Kette, um die es hier geht. Sie präsentieren Bürgermeistern Hochglanzfolien mit Versorgungszahlen, die jeder Ingenieur als irreführend bezeichnen würde. Sie beauftragen Windgutachten bei Büros, die erfahrungsgemäß eher im oberen Bereich der Wahrscheinlichkeitsspanne rechnen. Sie legen Investoren Verkaufsprospekte vor, in denen auf Seite 16 in kleiner Schrift steht, dass ein Totalverlust bis hin zur Privatinsolvenz möglich ist – und auf Seite 2 steht die schöne Grafik mit den stabilen Erträgen.

*Wir fordern Sie auf: Rechnen Sie ehrlich. Stellen Sie*

*vollständige, ungeschönte  
Wirtschaftlichkeitsberechnungen zur Verfügung – nicht  
nur für Ihre Investoren, sondern auch für die Gemeinden  
und Grundstückseigentümer, mit deren Ressourcen Sie Ihre  
Projekte umsetzen. Wenn Sie das nicht tun, tun wir es.  
Wir werden die Zahlen öffentlich machen.*

Sie gehen in die Wälder – unsere Wälder – und fällen Bäume, die älter sind als Ihr Unternehmen. Sie gießen Betonfundamente, die tiefer reichen als jede Rückbaurlage, die Sie angelegt haben. Wenn das Projekt scheitert, sind Sie weg. Das Fundament bleibt. Der zerstörte Wald bleibt. Die Gemeinde bleibt. Und wir bleiben.

## **Was wir fordern**

---

Wir sind keine Fortschrittsfeinde. Wir wissen, dass die Energieversorgung sich verändern muss. Aber ein Kompromiss bedeutet, dass beide Seiten etwas geben – nicht, dass Natur, Steuerzahler und Gemeinwohl geben, während Projektentwickler nehmen.

Wir fordern transparente und vollständige Wirtschaftlichkeitsberechnungen für jedes geplante Windkraftprojekt, geprüft durch unabhängige Stellen ohne Verbindung zur Windkraftbranche. Wir fordern verbindliche, ausreichend finanzierte Rückbaubürgschaften, die nicht vom wirtschaftlichen Fortbestand des Betreibers abhängen. Wir fordern ein vollständiges Moratorium für Windkraftanlagen in bewirtschafteten und natürlichen Wäldern, solange keine belastbaren Alternativstandorte auf bereits versiegelten Flächen erschlossen wurden. Und wir fordern echte Beteiligung der betroffenen Bevölkerung – nicht die Scheinbeteiligung einer Infoveranstaltung, auf der alles längst entschieden ist.

## Eine letzte Bitte

---

Wir schreiben diesen Brief nicht aus Wut, auch wenn die Wut da ist. Wir schreiben ihn aus Verantwortung. Wir bitten Sie: Gehen Sie in diesen Wald, bevor Sie unterschreiben. Nicht mit dem Gutachter, nicht mit dem Projektierer. Allein. Hören Sie, wie es dort klingt. Und fragen Sie sich dann, ob das, was Sie planen, wirklich unausweichlich ist.

Wir wissen: Die Zahlen stimmen nicht. Die Entscheidung ist nicht unausweichlich. Und der Wald ist es wert, ihn zu retten.

---

---

Mit freundlichen, aber unmissverständlichen Grüßen,

OFFENER BRIEF

**Bürgerinitiative Pro Natur – Gegen Windräder im Wald**

*Für den Schutz unserer Wälder und eine ehrliche Energiepolitik · März 2025*

---

*Dieser offene Brief darf geteilt, zitiert und weitergeleitet werden.*

---

# „Jetzt red i“ in Atting: Viel Meinung, wenig Substanz

*Ein Kommentar der BI-Pro Natur*

Wer die BR-Sendung „Jetzt red i“ aus Atting verfolgt hat, konnte den Eindruck gewinnen, dass zentrale Zusammenhänge nur unvollständig dargestellt wurden. Gerade bei einem Thema wie der Energiepolitik ist jedoch eine ehrliche und vollständige Betrachtung entscheidend.

---

## **Arbeitsplätze: Wachstum hier – Abbau dort**

Josef Gold betonte, die Erneuerbaren hätten in den letzten drei Jahren 100.000 Arbeitsplätze geschaffen. Diese Zahl steht erstmal im Raum – doch sie beschreibt nur einen Ausschnitt der Realität.

Gleichzeitig verliert die deutsche Industrie massiv an Substanz. Schätzungen zufolge sind 2025 hier rund 124.000 Arbeitsplätze weggefallen, insbesondere im Automobil- und Metallsektor. Diese Entwicklung bleibt in der Erfolgserzählung unerwähnt.

Wer ausschließlich den Zuwachs in einer stark staatlich geförderten Branche hervorhebt, während energieintensive Kernindustrien unter Kostendruck geraten oder Standorte verlagern, zeichnet ein unvollständiges Bild. Es entsteht der Eindruck, dass Daten selektiv präsentiert werden – so, dass sie die eigene Argumentation stützen, während strukturelle Gegenentwicklungen ausgeblendet bleiben.

Eine seriöse Debatte müsste beide Seiten der Medaille beleuchten: die neu entstehenden Arbeitsplätze ebenso wie die Verluste in traditionellen Industriezweigen – und vor allem die Frage, ob hier eine nachhaltige Wertschöpfung entsteht oder lediglich eine Verschiebung unter veränderten Rahmenbedingungen.

---

## **Strompreise: Gesunken – aber warum?**

Es wurde von Gold auch betont, Deutschland habe nicht mehr die höchsten Strompreise Europas und inzwischen lägen zehn andere Länder darüber.

Was dabei kaum Erwähnung fand: Die EEG-Umlage, die über Jahre maßgeblich zur Höhe der Strompreise beitrug, wird heute nicht mehr über die Stromrechnung, sondern aus Steuermitteln finanziert. Die Belastung verschwindet damit nicht – sie wird lediglich anders verteilt.

Gleichzeitig sind andere Länder durch CO<sub>2</sub>-Bepreisung ihrer Kohlekraftwerke zusätzlich belastet. Eine im politischen Rahmen veränderte Preisstruktur in Europa als nationalen Erfolg darzustellen, greift daher zu kurz.

Auch hier zeigt sich ein Muster: Einzelne Kennzahlen werden hervorgehoben, während systemische Zusammenhänge – Finanzierung, Umlagen, Netzstabilisierung – nur am Rande vorkommen. Das Ergebnis ist eine halbe Wahrheit, die sich gut präsentieren lässt, aber nicht das vollständige Bild abbildet.

---

## **Der Preis der Versorgungssicherheit**

Wind- und Solarstrom sind in der Erzeugung günstig – doch sie liefern nicht kontinuierlich. Deshalb braucht es Backup-Kraftwerke, Netzausbau und Speicherlösungen.

Zur Stabilisierung der Netzentgelte werden für 2026 staatliche Mittel in Höhe von 6,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Ohne diese Zuschüsse würden die Netzkosten deutlich steigen. Der Strom mag an der Quelle preiswert sein – die Systemkosten sind

es nicht.

Eine ehrliche Kostenbilanz müsste Erzeugung, Netzausbau, Reservekapazitäten und staatliche Zuschüsse gemeinsam betrachten.

---

## **Vom Waldschützer zum Ausbau-Beschleuniger?**

Besonders auffällig war die veränderte Tonlage bei Hubert Aiwanger. Noch vor wenigen Jahren stand er öffentlich für den Schutz bayerischer Wälder und verteidigte die 10H-Regelung als Schutzinstrument für Mensch und Natur. Heute tritt er als Befürworter eines beschleunigten Ausbaus auf – auch in sensiblen Waldregionen.

Politische Positionen dürfen sich ändern. Doch eine solche Kursverschiebung wirft Fragen auf. Was hat sich in der Bewertung grundlegend verändert? Welche neuen Erkenntnisse rechtfertigen eine Abkehr von früher vertretenen Grundsätzen? Und weshalb wird der Ausbau nun als alternativlos dargestellt, wo zuvor Zurückhaltung gefordert wurde?

Wer politische Verantwortung trägt, sollte Richtungswechsel nachvollziehbar begründen. Gerade beim Thema Waldschutz erwarten viele Bürgerinnen und Bürger Kontinuität – oder zumindest eine transparente Erklärung für den Wandel.

---

**Verschobene Maßstäbe – vom**

# Kompromiss zur Ausweitung

Die Entwicklung bei den Kolleginnen und Kollegen der EjUn verdeutlicht, wie sich Debatten im Laufe der Zeit verschieben können – ohne dass dies hier bewertet werden soll.

Zu Beginn der Diskussion wurden zwei bis drei Windräder als „vertretbarer Kompromiss“ bezeichnet. Inzwischen ist in öffentlichen Aussagen von rund zehn Anlagen die Rede, die man mittragen wolle. Diese Veränderung wirft Fragen auf: Wenn anfangs wenige Anlagen als obere Grenze definiert wurden, wie kommt es zu einer derart deutlichen Ausweitung innerhalb relativ kurzer Zeit?

Es entsteht der Eindruck, dass durch zunehmende Kompromissbereitschaft versucht wird, Einfluss zu behalten oder als konstruktiver Gesprächspartner wahrgenommen zu werden. Doch erfahrungsgemäß führt diese Strategie selten dazu, dass Ausbaupläne tatsächlich kleiner werden. Häufig verschiebt sich vielmehr der Ausgangspunkt der Debatte – und mit ihm die Akzeptanzgrenze.

Genau hier liegt das Problem: Wer einmal signalisiert, dass eine bestimmte Zahl „vertretbar“ sei, öffnet die Tür für weitere Forderungen. Aus drei werden fünf, aus fünf werden zehn. Die Diskussion verlagert sich Schritt für Schritt – ohne dass die grundlegende Frage neu gestellt wird.

Wir haben uns bewusst für einen anderen Weg entschieden. Unsere Position ist klar und bleibt klar: In unseren windschwachen Regionen stehen Nutzen und Eingriff in keinem angemessenen Verhältnis. Deshalb halten wir weder drei noch zehn Anlagen für sinnvoll.

Standhaftigkeit mag weniger kompromissbereit wirken – sie schafft jedoch Transparenz und Verlässlichkeit. Und genau das erwarten wir auch in dieser Debatte.

---

# Schlusswort

Die Energiewende braucht Transparenz, belastbare Zahlen und eine vollständige Betrachtung aller Kosten und Folgen. Was sie nicht braucht, sind selektive Darstellungen oder politisch motivierte Verkürzungen.

Wir bleiben bei unserer Linie – sachlich, kritisch und unabhängig.

**Eure BI-Pro Natur**



Die Moderatoren Tilmann Schöberl (Bildmitte) und Franziska Eder (am Laptop) mit Hubert Aiwanger und Katharina Dröge in Atting

Foto: Patrick Fuchs

## Jetzt red't Atting

Ist die Energiewende Fluch, Segen – oder beides in einem für die Wirtschaft? Diese Frage wurde bei „Jetzt red i“ diskutiert. Zwischen Windrädern, PV-Anlagen und „Unsinn“.

**Straubing-Bogen.** Vor 40 Jahren sagten die Leute noch: „Ihr spinnt's doch“, als Josef Gold begann, mit erneuerbaren Energien sein Geschäft zu machen. Nun ist nicht nur sein Betrieb auf über 50 Mitarbeiter gewachsen – und hat sich als Erfolgsgeschichte herausgestellt, sondern auch die Erneuerbaren haben einen weiten Weg hinter sich. Aus der Nische hin zum Zukunftsmodell der Stromversorgung. Doch nicht überall stößt die damit einhergehende Energiewende auf Jubelschreie. Einige sehen darin auch eine ideologisch getriebene Selbstsabotage der Wirtschaft. Was davon stimmt denn nun? Das wurde in Atting heiß diskutiert.

Der Bayerische Rundfunk veranstaltete im Attinger Bürgerhaus sein beliebtes Bürgerdialogformat „jetzt red i“. Unter der zentralen Frage: „Zoff um Energiewende – Bremsen zu viel Klimaschutz die Wirtschaft aus?“ diskutierten der bayerische Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger und die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Katharina Dröge, untereinander und mit den Menschen aus dem Landkreis.

### „Wir brauchen mehr Klimaschutz, ned weniger“

„Wir brauchen mehr Klimaschutz, ned weniger“, richtete Josef Gold an den Wirtschaftsminister. Er kritisierte das Vorhaben Aiwangers, die bayerische Klimaneutralität nach 2050 zu verschieben, damit schade man nämlich nicht nur der Umwelt, sondern auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Denn er sehe in der Energiewende keine Wirtschaftsbremse, vielmehr einen Job-Motor. Es seien dank der erneuerbaren Energie in den vergangenen drei Jahren 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Außerdem sei der Strompreis in den vergangenen zehn Jahren wegen des Ausbaus von Grünstromanlagen drastisch gesunken. „Vor zehn Jahren hatten wir den teuersten Strom Europas. Jetzt sind zehn andere Länder hinter uns“, sagt Gold und fügt an, dass das überwiegend die Ostblockländer seien, die nicht auf den Ausbau der Erneuerbaren setzen.

„Das ist ja schön, wenn der, der



Josef Gold und der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger diskutierten auch nach der Liveübertragung noch angeregt.

Photovoltaik- und Windkraftanlagen verkauft, auch daran verdient“, entgegnet Aiwanger Golds Ausführungen. Er sei für den Ausbau der Erneuerbaren, jedoch mit Maß. Man müsse auch auf die energieintensiven Industrien wie Automobil und Chemie schauen. Dort sei man im Wettkampf mit der ganzen Welt und brauche billigen, verfügbaren Strom, um wettbewerbsfähig zu bleiben. „Nur mit Erneuerbaren wird's auf die Schnelle nicht gehen“, so Aiwanger.

Ein falscher Widerspruch, wie die Grüne Dröge findet. Man könne nicht sagen, man finde die Energiewende wichtig – und „alles daran setzen, die Energiewende auszu-bremsen“, richtete sie an die bayerische Landesregierung. „Unsinn! Unsinn! Unsinn!“, quitierte Aiwanger die Vorwürfe der Grünen. Denn genau durch erneuerbare

Energien erreiche man laut Dröge langfristig wettbewerbsfähige Strompreise. „Sie sind die günstigste Form, Strom zu erzeugen“, argumentiert Dröge. Deshalb sei es „wahnsinnig“, nun wieder auf Gas zu setzen. Besonders das aus Donald Trumps Amerika.

### Windräder im Labertal sorgen für Gesprächsstoff

Das will Aiwanger aber nicht auf sich sitzen lassen. „Kein bayerischer Minister hat so viel für den Ausbau von Solar- und Windkraft getan wie ich“, wollte er klarstellen. Im Gegenteil kämen die Leute schon auf ihn zu und würden ihn angreifen, er würde sich zu sehr für Windräder einsetzen. Ein Thema, das auch in Laberweinting hochkochte. Dort fürchtet die Bürgerinitiative Ejun eine Umzingelung.

Drei Investoren wollen dort 19 Windräder bauen. Simon Berleb, als Sprecher der Initiative, war ebenfalls vor Ort. Ihm gebe es nicht darum, Windkraft grundsätzlich zu verhindern. Zehn Räder wären für ihn und seine Mitstreiter in Ordnung. Allerdings mahnte er, die Windkraftwerke würden so ungerecht in Bayern verteilt werden. „So schafft man keine Akzeptanz“, sagt Berleb.

Aiwanger seien ähnliche Beispiele bekannt. Er appellierte an die Investoren, „vielleicht ein paar weniger zu bauen“ und Fingerspitzengefühl zu beweisen. Dröge kritisierte hingegen die bayerische Landesregierung. Im Saarland beispielsweise habe die Regierung dafür gesorgt, einen Rahmen zu schaffen, die Windkraft gerecht zu verteilen. „Die haben die Planung vorangebracht – anders als Bayern.“ -pat-

### Zum Tag

Nur vielsagend  
Rednern genügt  
wenige Worte.

Wid

**Bauernweisheit:** Weibruar die Mücken g müssen sie im März gen.

**Der Tipp:** Glas wird klar, wenn man es menscheiben reinigt

**Küchenzettel:** Apf schen mit Vanilles

### Kalender

20. Februar

8. Kalenderwoche, 5. rez; 214 Tage bis zu Sternsichen: Fische Namenstag: Falco, 8. Fast vergessen: Datz stock)

**Weltgeschichte:** 1881 dui der Raumfahrt von der Sowjetunion umlaufbahn, gese Karl Arnold (CDU) sident von Bode seit 1947; wird d trauenavotum ge Fritz Steinhoff (1946: Eine Kohl tötet auf der Ze IV im westfälis 408 Menschen. werden lebend

**Geburtstage:** 196

(60), amerikani Schauspielerin

(60), Schweizer

1951: Gordon B scher Politiker,

2007-2010. 194

(79), emer der I

zuerfolg „Alle dem Deutsche

zeichnet. 1941

land (85), deut

renvorsitzendi

**Todestage:** 2011

mann, deutsc

Fernsehprodu

### Laber

Verlag und Druckerei  
Kunradstr. 3  
94115 Straubing  
Telefon  
0940-43 90, Fax  
0940-43 91, Internet  
www.laber-jetzt

Verleger u. Herausgeber:

Chemikalien:

Lehrer, Markus P

Gesamtleitung:

Miriam Graf (Tel

Verantwortlich für

Markus, Lehrkräfte

Wirtschaft, Yvone

Malen, Ralf Lipp-

regional, Maria

Sandra Venus, Fi

ton und Unter

Verlagsgesell-

Kunz, Sven Lab

Gesamt-Anzeig

gleiche Anzeig

Geschäftsstelle

platz 20, Telefo

Kostenburg/L.,

200994-0, Fax

09451/949395

**Bezugspreis:** 2,50

(inkl. gesetzlic

gebühren), bei

setzlicher Abk

bühren.

**Abonnements:**

nur zum Mo

gendigt we

**Abonnement:**

Abservice: 1

Erschein an

**Anzeigensatz:**

bis Freitag, 1

Samstagsan

ausgabe Frei

Umsatzang

von uns nicht

Bei Störung

Entzansp

---

**Förster (77) spricht Klartext  
Klimaschutz gegen Waldschutz  
und die Verantwortung im  
Bayerischen Wald**